

Bezirksbeirat Stuttgart-Vaihingen

ANTRAG

Fraktionsübergreifend: Freie Wähler / SÖS LinkePlus

Datum: 27.02.2018

Betreff: Erstellung eines Mobilfunk-Vorsorgekonzeptes mit Alternativlösungen zum geplanten Sendemast Rohrer Höhe

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, das städtische Grundstück (Rohrer Höhe/ Musberger Str.) für den neuen 25 Meter hohen Mobilfunk-Sendemasten nicht zur Verfügung zu stellen und somit den Bauantrag nicht zu genehmigen.

Stattdessen wird die Stadtverwaltung aufgefordert, in Abstimmung mit dem Antragssteller (Deutsche Funkturm GmbH, Telekom Gruppe), einen Alternativ-Standort außerhalb des Wohngebietes zu suchen. Die Versetzung des Sendemaststandortes um mind. 150 m in Richtung Autobahn ist dabei zu prüfen. Bei der Standortsuche ist die Beauftragung eines unabhängigen Gutachters mit einzubeziehen.

Da insbesondere die Erstellung und Umsetzung eines kommunalen Mobilfunk-Vorsorgekonzeptes zielführend und nachhaltig ist, soll dies mit höchster Priorität geprüft und umgesetzt werden. Dabei soll mindestens die Alternative „Klein- bzw. Femtozellen“ entlang der unterversorgten Gebiete betrachtet werden. Dies wäre für Stuttgart ein innovatives und prestigeträchtiges Vorzeigeprojekt mit dem Ziel der Minimierung von Immissionen durch Einsatz innovativer Technologien. Bis zum Abschluss dieser Prüfung bzw. Umsetzung eines Mobilfunk-Vorsorgekonzeptes sieht die Stadtverwaltung von einer Vermietung, Verpachtung oder Veräußerung des Flurstückes 403 ab.

Weiterhin beschließt der Bezirksbeirat:

a) Die Verwaltung wird gebeten, in eines der nächsten Sitzungen, über den aktuellen Planungsstand des Vorhabens im Bezirksbeirat detailliert zu berichten.

b) Mit der Maßgabe der geringen Strahlung, der schnellen Datenübertragung und stabiler Verbindungen wäre die Rohrer Höhe als Pilotprojekt für eine Mobilfunkversorgung auf der Grundlage von Mobilfunk-Kleinzellentechnik sehr geeignet. Dies ist von der Stadtverwaltung zu prüfen (bereits im Haushalt 2016/2017 Antrag-Nr.11.05 für prinzipiell 2 Stadtteile in Stuttgart beantragt).

c) Ferner ist eine Messung der aktuellen Strahlenbelastung am Standort und Simulation der Strahlenbelastung durch Berücksichtigung des neuen Sendemastes ist durchzuführen. Die aktuelle Strahlenbelastung ist unbekannt.

d) Eine nachhaltige, immissionsfreie und zur Umsetzung der Digitalisierung notwendige Voraussetzung bleibt der überfällige Breitbandausbau des Festnetzes. Deshalb ist ein umgehender Ausbau des Glasfasernetzes für superschnelles Internet zu forcieren. Dafür bietet die Bundesregierung milliardenschwere Förderprogramme.

Der Bezirksbeirat bittet zudem um die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Alternativ-Standorte wurden konkret geprüft und welche Gründe sprachen dagegen?
- Wurde die technische Ertüchtigung bzw. Net-Sharing bei einer der 6 bestehenden Sendemasten/Anlagen untersucht?
- Wie können die Anwohner der Rohrer Höhe im Sinne einer Bürgerbeteiligung am Planungsprozess beteiligt werden?
- Wurden Standorte außerhalb der Wohnbebauung untersucht?
- Wurde ggf. Net-Sharing mit anderen Betreibern geprüft?
- Ist die Anwendung intelligenter Kommunikationstechnologien in Betracht gezogen worden, z.B. Kleinzellennetz nach dem sog. St. Gallener Modell?
- Welche Abdeckungsdefizite bestehen derzeit auf der Rohrer Höhe konkret?
- Liegen akt. Messungen der Strahlenbelastung am geplanten Standort vor?

Begründung:

In der 2001/2011 von den Netzbetreibern und den kommunalen Spitzenverbänden unterzeichneten Vereinbarung verpflichteten sich die Netzbetreiber zur Verbesserung des Verbraucher- und Gesundheitsschutzes sowie zur Zusammenarbeit mit den Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze.

Die Deutsche Funkturm GmbH (Telekom Gruppe), beantragt die Errichtung einer LTE/GSM Funkübertragungsstation mit einem 25 Meter hohen Schleuderbeton-Antennenmasten auf der Rohrer Höhe, Einmündung Musberger Str. (Flurstück 403, Bauantrag Filder/Ro6/BA/2017/416).

In der Bezirksbeiratssitzung am 16. Januar haben dazu über 40 betroffene Bürgerinnen und Bürger Ihre Bedenken und Ängste mit sehr konstruktiven Alternativvorschlägen nachvollziehbar zum Ausdruck gebracht.

In unmittelbarer Nähe des geplanten Sendemastes befinden sich ca. 20 Wohnungen/Häuser im Abstand von 20 bis 50 Metern und in ca. 120 Meter Entfernung eine Kindertagesstätte. Die Fenster, Balkone und die Gartengrundstücke der Gebäude sind mit direktem, ungehindertem Sichtkontakt zu den Hauptstrahlrichtungen des geplanten Sendemastes ausgerichtet. Neben der erdrückenden Wirkung des massiven Mastes sehen sich die Anwohner vor allem durch die 365 Tage x 24 Stunden andauernde Strahlung einem hohen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt. Ein 25 Meter hoher Funkmast aus Beton, ausgerechnet an dieser Stelle, ist eine optisch nachhaltige Störung einer bisher naturbelassenen Landschaft.

Antragsteller:

Eyüp Ölcer (Freie Wähler)
Reinhard König (SÖS LinkePlus)